

Betreff:

**Programm Aktive Beschäftigungspolitik
Sachstand 2013**

Informationsvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen
Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 26. November 2014

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Kenntnis genommen:	Handzeichen:
Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit	25.11.2014	Ö	() ja () nein () ohne	

Zusammenfassung der Information:

Der Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit nimmt die Information über den Sachstand 2013 des Programms Aktive Beschäftigungspolitik zur Kenntnis.

Finanzielle Auswirkungen:

Bezeichnung:	Betrag:
Ausgaben / Gesamtkosten:	
	2.546.165,03 €
Einnahmen:	
Keine	
Finanzierung:	
• Aus den laufenden Haushaltsmitteln 2013	

Zusammenfassung der Begründung:

Das Amt für Chancengleichheit informiert über die Vergabe von Aufträgen der Stadt Heidelberg an Heidelberger Betriebe und soziale Beschäftigungsträger im Rahmen des seit 1995 durchgeführten Programms Aktive Beschäftigungspolitik (PAB). Als jährliches Auftragsvolumen des Programms sollen mindestens 2,1 Millionen Euro verausgabt werden, die aus vorhandenen Haushaltsmitteln kommen.

Sitzung des Ausschusses für Soziales und Chancengleichheit vom 25.11.2014

Ergebnis: Kenntnis genommen

Begründung:

Bereits im Jahr 1995 hatte der Gemeinderat ein Programm zur aktiven Beschäftigungspolitik zugunsten Langzeitarbeitsloser in Heidelberg verabschiedet (damals „Fonds Aktive Beschäftigungspolitik“ genannt). Es dient der Finanzierung zweckgebundener Projekte zur Beseitigung von Langzeitarbeitslosigkeit und sieht vor, dass Betriebe, bei denen Langzeitarbeitslose beschäftigt werden, Aufträge von der Stadt erhalten können, wobei das geltende Vergaberecht bei der Auftragsvergabe zu beachten ist. Das jährliche Volumen des Programms beträgt bis zu 2,1 Millionen Euro.

Die Umbenennung im Jahr 2006 von Fonds in Programm wurde vorgenommen, weil es in der Vergangenheit aufgrund des Begriffs "Fonds" häufig zu Missverständnissen gekommen war. Es gab nie eigene Mittel im Sinne eines Geldfonds, sondern es handelte sich immer um eine Selbstverpflichtung. Diese gibt der Verwaltung vor, im Rahmen der im Haushalt veranschlagten Baumaßnahmen etc. Aufträge im genannten Umfang an Unternehmen zu vergeben, die Langzeitarbeitslose beschäftigen.

Zielsetzung des Programms „Aktive Beschäftigungspolitik“ ist es, zur Beseitigung von Langzeitarbeitslosigkeit und zu einer nachhaltigen Sicherung von Arbeitsplätzen für einfach qualifizierte, langzeitarbeitslose Menschen in Heidelberg beizutragen.

Unternehmen, die im Rahmen des Programms Aufträge erhalten, müssen die nachfolgenden Voraussetzungen erfüllen:

1. Es werden Langzeitarbeitslose mit Wohnsitz in Heidelberg in einem durch Dritte geförderten Beschäftigungsverhältnis auf tariflich entlohnter Basis nachweislich in angemessenem Umfang beschäftigt, bzw. solche Personen aus einer Beschäftigungsmaßnahme übernommen.
 - Als Langzeitarbeitslose gelten Personen, die länger als zwei Jahre arbeitslos sind oder länger als ein Jahr und besonders schwer vermittelbar.
 - Als schwer vermittelbar gelten Arbeitslose mit besonderen Beeinträchtigungen, wie beispielsweise körperlich oder psychisch Behinderte, Suchtkranke, Haftentlassene oder schwer vermittelbare junge Menschen.
2. Es muss gewährleistet sein, dass begleitend zur Beschäftigung eine qualifizierte soziale und fachliche Betreuung erfolgt.
Die soziale Betreuung kann auch durch Dritte erbracht werden.
3. Bei einer „gemeinnützigen Arbeitnehmerüberlassung“ in Form einer Ausleihe eines Langzeitarbeitslosen und Lohnkostenübernahme durch die Anstellungsträger Heidelberger Dienste und die dem Verbund für Beschäftigung angegliederten Beschäftigungsträger an Dritte, gelten die Voraussetzungen ebenfalls als erfüllt.

Unternehmen, die die genannten Kriterien erfüllen, können aus der vorliegenden Zielsetzung aber keine Ansprüche (beispielsweise auf Auftragserteilung) herleiten.

Seit Inkrafttreten des Gesetzes zur Modernisierung des Vergaberechts vom 20. April 2009 können Kommunen auch öffentliche Ausschreibungen unter Berücksichtigung sozialer Aspekte durchführen.

Seit Bestehen des Programms wurden jährlich folgende Auftragsvolumina vergeben:

Jahr	Auftragsvolumen
1996	3.047.804 DM
1997	2.596.827 DM
1998	3.472.308 DM
1999	2.757.005 DM
2000	2.694.112 DM
2001	2.582.293 DM
2002	1.708.921 €
2003	1.296.874 €
2004	1.838.583 €
2005	1.658.961 €
2007	1.302.550 €
2008	2.169.896 €
2009	2.142.612 €
2010	2.146.143 €
2011	1.659.654 €
2012	2.121.632 €

Das Amt für Chancengleichheit fragt jedes Jahr nach Abschluss des vorausgegangenen Haushaltsjahres (in der Regel im Mai) bei den städtischen Fachämtern die Auftragsvergaben, die sie im vorherigen Jahr im Rahmen des Programms Aktive Beschäftigungspolitik der Stadt Heidelberg erteilt haben, ab und berichtet darüber den gemeinderätlichen Gremien.

Die Abfrage für das Jahr 2013 hat ergeben, dass 2013 Einzelaufträge in einem Gesamtvolumen von insgesamt 2.546.165,03 Euro vergeben wurden (siehe Anlage: Tabelle 01). Die Auftragnehmer waren:

- Heidelberger Dienste
- Ifa
- Die Werkstatt eG
- Firma Seibel gGmbH
- Firma Spielgeräte Maier, Traunreut

Im Vorjahr (2012) hatte das Gesamtvolumen der von der Stadt Heidelberg im Rahmen des Programms vergebenen Aufträge bei insgesamt 2.121.632,11 Euro gelegen. Somit wurde das Auftragsvolumen im Jahr 2013 um 424.532,91 Euro erhöht.

Wie schon in den vergangenen Jahren, wurden Aufträge im Rahmen des Programms Aktive Beschäftigungspolitik fast ausschließlich freihändig vergeben. Auf die Möglichkeit, öffentliche oder beschränkte Ausschreibungen unter beschäftigungsorientierten Bedingungen durchzuführen, wurde von den Fachämtern, mit einer Ausnahme, nicht zurückgegriffen.

Auftragsvergaben im Jahr 2014

Im Rahmen der Ämterbefragung über die Auftragsvergaben im Jahr 2013 wurden die Fachämter auch um ihre Einschätzung zum geplanten Auftragsvolumen im Jahr 2014 gebeten. Nach bisherigen Schätzungen könnte dieses etwa in gleicher Höhe wie in 2013 liegen.

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
AB 14	+	Förderung von Initiativen von und für Menschen, die im ersten Arbeitsmarkt keine Chance haben Begründung: Die Umsetzung des Programms Aktive Beschäftigungspolitik soll die Chancen benachteiligter Menschen auf einen Arbeitsplatz erhöhen

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

Keine.

gezeichnet
Wolfgang Erichson

Anlagen zur Drucksache:

Nummer:	Bezeichnung
01	Tabelle über die Auftragsvergaben der Fachämter im Rahmen des Programms Aktive Beschäftigungspolitik im Jahr 2013 (Vertraulich – Nur zur Beratung im Gremium!)